

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Mittwoch, 12. Juli 2017

Nr. 636
24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

El Estor: Der Kampf der Fischer um Selbstbestimmung geht weiter.....	1
 Brigitte und Georg Schubert: Ein Besuch im Februar 2017 in El Estor.....	1
 Die Proteste im Mai 2017.....	2
 Wohltätiges Unternehmen oder die schlimmste Mine der Welt?.....	3
Die Rentenbeiträge der Beschäftigten liegen auf den Virgin Islands.....	4
UN: Iván Velásquez bleibt an der Spitze der CICIG.....	6
Luis Arreaga wurde von Trump als US-Botschafter in Guatemala vorgeschlagen.....	6

El Estor: Der Kampf der Fischer um Selbstbestimmung geht weiter

Wie bereits in der e-mail zum Versand der letzten **¡Fijáte!**-Ausgabe angekündigt, gibt es in dieser Ausgabe wieder eine Anregung von neuen AbonnentInnen, dem Ehepaar Schubert aus dem Ruhrgebiet. Sie waren im Februar diesen Jahres wie bereits ein paar Jahre zuvor in El Estor, Departement Izabal und bekamen die dortigen Konflikte um die Minen und Plantagen-Grossprojekte hautnah mit. Sie schickten am 25.06. der Redaktion ein paar Hintergrundinformationen, einen eigenen Rundbrief zu der Situation und einen Brief der Fischer an die internationale Gemeinschaft. All das datiert von Ende Mai. Im **¡Fijáte!** (z.B. Heft 445 und 474) haben wir bereits häufig über die Situation in El Estor berichtet, die Ermordung des Aktivisten Adolfo Ich und das Engagement seiner Witwe Angelica Choc, ihre Klage gegen die damaligen kanadischen Betreiber etc. Insofern ist der Wink der Schuberts der Anstoss für ein Update.

Die im Moment wichtigste Frage, ob die Nickelmine oder auch die Agrargrossbetriebe die Flüsse bzw. den Izabal-See verunreinigen oder nicht, lässt sich dabei schwer beantworten. Die von Bergabbauunternehmen und Staat erhobenen Umweltdaten sagen, dass der Mineralabbau nichts mit den offensichtlich vorhandenen Verunreinigungen zu tun hätten. Die AnwohnerInnen bezweifeln das, haben aber derzeit ‚nur‘ ihre Alltagserfahrung als Beleg, aber keine toxischen Untersuchungen an ihrer Seite.

Eine andere strittige Frage ist, wer denn die Vermittlungsgespräche wann und warum abgebrochen hat. Bergabbauunternehmen und Staat sagen, die Vereinigung der FischerInnen seien nicht erschienen, die FischerInnen sagen, der Bürgermeister sei a priori zu keinerlei Kompromissen bereit, weswegen sich Gespräche nicht lohnten, solange dies so sei. Also alles wie gehabt?

Brigitte und Georg Schubert: Ein Besuch im Februar 2017 in El Estor

30. Mai 2017. Nach drei Jahren kehrten wir im Februar 2017 wieder an den Izabalsee zurück. 2014 verbrachten wir mit unserem Segelschiff die Hurrikansaison im Rio Dulce und am angrenzenden Izabalsee. In dieser Zeit freundeten wir uns mit den MitarbeiterInnen der Marina und deren Familien an. Diese Menschen gehören zu (...) der grossen Volksgruppe der Kekchí. (...) Während unseres langen Aufenthaltes bekamen wir einen tiefen Einblick in deren Alltagsleben. Zum Grossteil ihres Landes beraubt, leben sie heute in bitterer Armut. Schon damals berichteten sie uns von der Nickelmine, direkt am Stadtrand von El Estor, die seit Jahren ihr Leben negativ beeinflusst. Sie berichteten stolz, dass es den MinenbetreiberInnen nicht gelungen war, sie als Arbeitskräfte für die Mine zu gewinnen und dass dies ihre Art des Protestes gegen die Mine sei. Die MinenbetreiberInnen waren gezwungen, ArbeiterInnen aus anderen Städten anzuwerben. Wie sich bei unserem jetzigen Besuch herausstellte, haben sich in den letzten drei Jahren die Verhältnisse drastisch verändert. (...)

Mit den Kindern unserer Gastfamilie gehen wir zum Seeufer und sehen dort ein riesiges Schild der Regierung, mit dem EU-Sternenkranz. Es geht darum, dass die Regierung und die Mine u.a. für die Minimierung landwirtschaftlicher Konflikte in den Regionen des Nationalparks werben. Auf Nachfragen erfahren wir, dass die Mine auch eine „Biosphäre“ unweit des Minengeländes am Seeufer errichtet hat. Dies soll alles mit Hilfe von EU-Geldern entstanden sein.

Als EU-BürgerInnen sind wir einigermaßen elektrisiert und fahren mit einem Taxi zur Mine. Der Fahrer bringt uns direkt auf das riesige Abbaugelände. Wir erklären den herbeieilenden Männern, dass wir in der Stadt das Schild entdeckt hätten und nun an einer Besichtigung der „Biosphäre“ und der Mine interessiert seien. Man muss dabei wissen, dass die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Gelände hoch sind. Wir müssen unsere Pässe abgeben. Während der Wartezeit erklärt uns ein für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlicher Mitarbeiter anhand einer riesigen Landkarte, wo die Probleme der Expansion der Mine liegen. Er ist selbst Maya und spricht mit erstaunlicher Offenheit über die sich dabei ergebenden Probleme. Er fängt recht schnell an, seine Landsleute als hinterwäldlerisch runter zu machen. Damit meinte er die noch in den Bergen lebenden 13 Gruppen mit jeweils ca. 30 Mitgliedern, die dort in Subsistenzwirtschaft leben. Sie sollen in naher Zukunft umgesiedelt werden....

Inzwischen hat sich eine kleine Gruppe gefunden, die uns durch das Biosphärenreservat führen wird (bestehend aus einem brasilianischen Ingenieur, einer Agrarwissenschaftlerin und dem Fahrer eines Pickups, er entpuppt sich später als Militärangehöriger). Ein ca. 2 km langer Streifen Land, der zum Strand des Sees führt, wurde wieder aufgeforstet. Mittlerweile sollen sich wieder Wildtiere angesiedelt haben. Wir hörten tatsächlich Brüllaffen und die Mitarbeiterin zeigte uns Babykrokodile auf ihrem Handy. Man war sehr bemüht, uns das Projekt „schmackhaft“ zu machen. Aber unsere Blicke wanderten hoch in die Berge, wo man mit blossen Auge die grossflächigen Abholzungen durch die MinenbetreiberInnen erkennen kann.

Kritischen Nachfragen unsererseits was den Nickelabbau betrifft, wich man konsequent aus. Zum Abschluss wurden wir noch mit einigem Infomaterial ausgestattet. In dem Material, das mit von der guatemaltekischen Regierung heraus gegeben wird, geht es hauptsächlich um die Befriedung der Mayabevölkerung. Das Bergabbauunternehmen brüstet sich damit, schon so viel für die lokale Bevölkerung getan zu haben....

Das hört sich aus den Mündern der Männer, die bereits für die Mine gearbeitet haben, allerdings ganz anders an. Wir treffen uns mit einigen von ihnen auf einem Kinderspielplatz. Dieser Versammlungsort wurde aus Sicherheitsgründen gewählt. Mine, Polizei und Militär arbeiten eng zusammen. Nach anfänglichen Vorbehalten und durch die Vermittlung unseres Freundes, fingen die Männer dann doch an zu berichten: *Dennach – so geben die Schuberts diese Berichte wieder – gibt es in der Mine etwa 300 ArbeiterInnen, vielfach Tagelöhner oder ‚Leiharbeiter‘, die nach drei Monaten ausgetauscht werden. Die Arbeit sei – auch aufgrund fehlender Schutzkleidung - für die Gesundheit schädlich: Atemwegserkrankungen, Nasenbluten, Atembeschwerden etc. seien häufig, ebenso Unfälle, auch mit Todesfolge. Diese würden freilich nicht öffentlich gemacht. Der Lohn liege bei 10 Quetzales (1,12 Euro) pro Tag, in der Stadtreinigung verdiene man sechsmal so viel. Angesichts dieser Bezahlung hätten die Kinder abends nichts zu essen und Schulsachen könnten nicht erworben werden. (...)*

Noch immer rollen bei Tag und in der Nacht die riesigen LKWs (es sind täglich 500!) mit ihrer giftigen Fracht durch die Mayadörfer und Städtchen, auf ihrem Weg von El Estor nach Puerto Barrios an der Karibikküste, wo die Ladung auf Schiffe verfrachtet wird. Sie verursachen damit einen Riesenlärm und wirbeln unbeschreiblich viel Staub, auf teilweise unbefestigten Strassen, auf. Wir beide sind nach all diesen Erfahrungsberichten rat- und hilflos. Die Männer bitten uns inständig um internationale Hilfe und darum, die von ihnen gegebenen Informationen öffentlich zu machen. [*Das Manifest liegt der Redaktion vor.*] Vor allem ergibt sich für uns als Deutsche die Frage, wie die EU dazu kommt, ein solch fragwürdiges Projekt mit Geldern zu unterstützen! (...)

Wir treffen uns in der Zwischenzeit mit einer kleinen Gruppe weisser GuatemaltekinInnen, deren erklärtes Ziel es ist, den Nickelabbau und die Transporte zwischen El Estor und Puerto Barrios zu stoppen. Auch ihr Wunsch ist es, dass wir ihr Anliegen mit nach Europa zu nehmen und damit das Problem der Nickelförderung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ihre Idee ist es, PolitikerInnen, UmweltexpertInnen und VertreterInnen von Menschenrechtsgruppen aus den EU-Ländern für ein paar Tage nach Guatemala an den Izabalsee einzuladen! Es könnten Wasser- und Luftproben erstellt werden, von einem Hubschrauber könnte das ganze Ausmass des Landraubs durch den Nickelabbau mal aus der Luft eingeschätzt und der Bevölkerung El Estors und Umgebung könnte ein Gefühl der Solidarität vermittelt werden. Die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung würde von dieser Gruppe der GuatemaltekinInnen übernommen werden!

Die Proteste im Mai 2017

Der Verband der FischerInnen bat Ende April die Gemeinde El Estor, die Wasserqualität des Izabalsees zu analysieren. Als sie keine Antwort erhielten, blockierten sie am 3. Mai zum ersten Mal die Strasse zur Nickelmine. Die Blockade dauerte 10 Tage. Laut einer Reportage der kanadischen Journalistin Sandra Cuffe hat der Verband am 16. Mai eine Anzeige wegen der Wasserverschmutzung bei der Staatsanwaltschaft für Umweltdelikte in Puerto Barrios eingereicht. Dabei sollte geklärt werden, ob das Unternehmen Guatemalteca de Níquel (CGN) Pronico/Solway damit zu tun habe – oder auch die Palmölplantage des Unternehmens Palmera Naturaceites. Später gab es eine Vereinbarung mit den staatlichen

Autoritäten, dass es Vermittlungsgespräche geben solle. Diese sollten am 27. Mai aufgenommen werden. Allerdings entschied die Generalversammlung des Verbandes, darunter auch Carlos Maaz Coc, dass sie daran nicht teilnehmen würden. Sie begründeten das damit, dass der Bürgermeister von El Estor, Rony Méndez und sein Stadtrat sieben Fischer angezeigt hätten. „Da ich nicht weiss, ob ich einen Haftbefehl gegen mich habe, kann ich mich nicht dem Risiko aussetzen, mich mit denen an einen Tisch zu setzen und dann den Tag im Gefängnis zu beenden“, sagte Eduardin Bin, Sprecher der FischerInnen.

Stattdessen nahmen die FischerInnen wieder die Strassenblockade auf. Aber Dutzende PolizistInnen, darunter auch deren Kommandant, der zuvor Vermittler war, positionierten sich, gut gerüstet für eine Auseinandersetzung. Die Spannung stieg, die ersten Tränengasbomben flogen und die Ordnungskräfte stürmten die Blockade. Aber schnell mussten sie sich wieder zurückziehen. Genau in diesem Moment waren Schüsse zu hören, gefolgt von einer grossen angstvollen Stille. Der Priester Ernesto Ruedo Moreno, stand weniger als zehn Meter neben dem Opfer: „Die Polizei begann. Ich habe nur Leute mit Steinen gesehen, nicht mit Waffen. Alles war gut einsehbar und man sah, dass da Leute waren. Man konnte nicht herumballern und glauben, dass da keine Menschen sind. Es gab in diesem Moment keinerlei Rauch von Tränengas“, sagte er.

Eine Welle des Zorns erfasste die Menge. Die Aggression führte dazu, dass die Polizeistation niedergebrannt wurde und das Haus des Bürgermeisters geplündert. Die Polizei erklärte, dass fünf ihrer Kräfte bei der Auseinandersetzung verletzt worden seien. Ein verletzter Blockierer wurde geborgen. Carlos Maaz Coc blieb liegen. Niemand versuchte seinen Körper zu untersuchen. Seine Familie erhielt den Leichnam und er wurde am folgenden Tag im Beisein von 500 Menschen beerdigt. Der Staat hat anfangs den Tod durch einen Schuss abgestritten. Am selben Tag schrieb die Solway Gruppe, dass die „Verunreinigung des Wasser nur geringfügig ist (...) und dass diese von dem Fluss Polochic herrühre. (...) Wenn nichts getan wird, wird der See schwer geschädigt werden. (...) Nach der Wasserprobe, die ein Untersuchungsteam des Umweltministeriums analysiert hatte, sei diese zu dem Schluss gekommen, dass CNG-Pronico nicht für die Veränderungen der Wasserqualität verantwortlich sein könne.“ Der Tod von Maaz Coc bleibt straffrei.

In El Estor sind 500 bewaffnete Kräfte stationiert. Der Bürgermeister Méndez lehnte jegliche Form der Vermittlung ab und liess sein Volk im Stich, indem er verkündete, dass er die Produktion in der Mine nicht aus Angst vor der Bevölkerung beenden werde. Der Verband der FischerInnen hofft, wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren zu können und glaubt, dass es „einen Märtyrer des Kampfes“ gebe, der Gerechtigkeit verdiene. „Wir möchten Belege der Wasseranalysen haben und Belege für die Legalität der Mine. Als indigenes Volk fordern wir eine Konsultation in dieser Angelegenheit.“ Das Zentrum für legale und Soziale Umweltaktionen (CALAS) bat um eine Kopie der Lizenz an CGN-Pronico. Andere Kämpfe für eine Konsultation zeichnen sich ab.

Wohltätiges Unternehmen oder die schlimmste Mine der Welt?

2006 erhielt die Bergbaugesellschaft CGN Pronico, auch Projekt Fénix genannt, von der guatemaltekischen Regierung die Schürfrechte für ein Gebiet von ca. 50 Quadratkilometern. 2011 hat die Solway Investment Group mit Sitz in der Schweiz die Mine für 250 Millionen US-Dollar gekauft, um – so steht es in der lesenswerten Reportage in PlazaPublica vom 30.06.2017 – als einziges Unternehmen in Lateinamerika Eisennickel zu produzieren. [d.Red.] Die CunicoRe mit Sitz in Amsterdam (siehe die interessante Seite www.cunicoresource.com/Mayaniqel) habe auch zwei Lizenzen zum Nickelabbau von einer ca. 101 km² grossen Fläche am Lago Izabal in Guatemala erworben und sei der grösste Ferro-Nickel-Hersteller Europas.

Solway Invest hat den damaligen Präsidenten Otto Pérez Molina mit einer Investition gelockt, wie sie selten in Guatemala getätigt worden ist: 551 Millionen US-Dollar für eine neue Produktionsstätte, deren Investitionen sich auf mehr als 1,5 Milliarden US-Dollar erhöhen könnten. Der guatemaltekische Staat würde durch den Export der vorgesehenen 25.000 Tonnen Eisennickel jährlich 470 Millionen US-Dollar in Devisen erhalten. Für den Fiskus blieben 50 Millionen US-Dollar Steuereinnahmen. Luis David, damals Direktor von Solway Invest versicherte, dass Guatemala von jedem Dollar, der verkauft werde, die Hälfte erhalte. Goldgräberstimmung macht sich breit: 365 Lizenzen wurden 2014 vergeben, 600 stehen in Verhandlung. Die InvestorInnen erwarten für ihr Geld Renditen.

CGN-Pronico präsentiert sich als WohltäterIn, die am See – unterstützt durch EU-Gelder – Gebiete wiederaufforsten und die Konflikte mit der Bevölkerung bearbeiten wollen. Sie habe – so sagt der Generaldirektor der Mine, Fernando Castellano - ein freiwilliges Abkommen geschlossen, nach der das Unternehmen die Höhe der Lizenzgebühren um 3 % angehoben habe. Davon würden 25 % an den Staat, 17,5 % an den Landkreis El Estor gehen und weitere 17,5 % an die Gemeinden Puerto Barrios, Los Amates, Morales, Livingston und Panzós. Die Gebühren summierten sich auf etwa 50 Millionen Quetzales pro Jahr. Ob dieses Abkommen umgesetzt wird, ist nicht bekannt. Insgesamt gibt Solway an, dass bei ihr 1.779 Personen beschäftigt und Tausende lokale Bauunternehmen an ihren Aktivitäten beteiligt seien.

Die leitenden Posten haben 400 RussInnen und UkrainerInnen. Sie leben total von der guatemaltekischen Bevölkerung abgeschirmt, in einer eigenen Festung. Die Öffentlichkeit hat dort keinen Zugang, aber dort befindet sich eine gut aus-

gestattete Klinik für die ausländischen Führungskräfte, während in El Estor nur eine schlecht ausgestattete Gesundheitsstation vorhanden ist. Die Führungskräfte erhalten 3.000 – 5.000 Dollar monatlich, während die besser qualifizierten Einheimischen gerade mal 5.000 Quetzales (586 €) im Monat bekommen, erklärt Milton Gutiérrez, der 35 Jahre lang in verschiedenen Minen in Afrika und Lateinamerika gearbeitet hat. Diese Mine sei die schlimmste der Welt: fehlende Sicherheit, Vergiftung der Umwelt, fehlende Kompetenz, Repression und Korruption. Keine Kontrollen. Besoffene Leute, die nachts arbeiten. Die MitarbeiterInnen erhalten keine Ausbildung, werden nicht mit dem Umgang der Materialien vertraut gemacht: Im August letzten Jahres explodierte ein Heizkessel: sechs Menschen starben, ein Verletzter. Auch das Arbeitsministerium hat das Werk niemals kontrolliert. Gewerkschaften gebe es nicht. Wer Forderungen stellt, fliegt. „Wir verteidigen die individuellen und kollektiven Rechte unseres Volkes, der Kekchí. Menschen, die bei CGN-Pronico arbeiten, beschreiben die Art des Umgangs mit den MitarbeiterInnen als militärstrategisch“, sagt Robin Macloni, Direktor der Vereinigung zur Verteidigung der Kekchí. Das Unternehmen wollte sich zu den Vorwürfen nicht äussern.

Die Rentenbeiträge der Beschäftigten liegen auf den Virgin Islands

Coatepeque/Quetzaltenango, 29. Juni. Über dreissig Jahre hinweg haben Eugenio López und seine mehr als 300 ArbeitskollegInnen jeden Monat 12 Centavos von ihrem täglichen Mindestlohn genommen, die ihr Arbeitgeber in die Rentenkasse des Guatemaltekinschen Instituts für Sozialversicherung (IGSS) einzahlen sollte. Dort kamen sie freilich niemals an, sondern sie verblieben in den Kassen des Agrarunternehmens Quihuit, S.A., bis 1998 im Besitz von Ricardo Campollo Codina. Um aus ihrem Ersparten ein wenig für eine Rentenleistung zu erhalten, haben sich die ehemaligen MitarbeiterInnen des Agrarbetriebs am 23. Juni 2017 protestierend zu einer Mahnwache vom den Eingang der Finca Gregorio versammelt.

Eugenio López, 72 Jahre alt, war einer der ersten auf der Mahnwache. Laut ZeugInnenberichten nährte sich ihm ein Sicherheitsmann vom grossen Eingangstor der Finca aus, gab drei Schüsse ab und liess López leblos zurück. Die Proteste sind nicht neu. Die ArbeiterInnen veranstalten bereits seit Jahrzehnten solche Mahnwachen, zeigten die ArbeitgeberInnen an und sprachen bei Institutionen vor. Der Staat jedoch hat sich kaum gerührt um das Problem zu lösen.

Die Familie Campollo wäscht ihre Hände (in Unschuld)

Nach dem Tod von López riefen die höheren BeamtInnen des IGSS zu einer Pressekonferenz, um zu versichern, dass das Unternehmen Agrónomo Pecuaría Quihuit, S.A., die Besitzer der Finca San Gregorio sei, Schulden in Höhe von 6 Millionen Quetzales für die Zahlung der Rentenbeiträge ihrer MitarbeiterInnen angehäuften habe.

Alles hat 1992 begonnen, als die ArbeiterInnen bemerkten, dass ihre Beiträge niemals das IGSS erreicht hatten, und sie daher eine Gewerkschaft gründeten. Die Antwort des Patrons war 300 Leute zu entlassen. Trotz Gerichtsurteilen, die eine Wiedereinstellung forderten, hat sich die Familie Campollo niemals um diese rechtlichen Anordnungen gekümmert. 1998 wurde die Finca verkauft und zwar an José Roberto Quintanal Paiz. Obwohl der Konflikt mehr als 20 Jahre alt war, dauerte es bis zum Jahr 2014, dass das IGSS eine Zahlungsforderung vor dem Zivilgericht in Coatepeque, Departement Quetzaltenango durchsetzen wollte. Sie lief ins Leere, weil der damalige Besitzer der Finca, Quintanal Paiz, versicherte, dafür sei Ricardo Campollo Codina verantwortlich, während jener argumentierte, dass bei dem Verkauf auch die Schulden übernommen worden seien.

Die ganz kleinen Schritte des Staates

Xiomara Monge, die in dem IGSS für die Einzahlungen verantwortlich ist, nimmt an, dass es insgesamt 17.000 ArbeitgeberInnen gibt, die die Rentenbeiträge nicht weitergegeben haben und deren Schulden sich auf eine Zahl von 1,2 Milliarden Quetzales aufsummiert. Das ist ein Siebtel des Haushaltes des IGSS. Und die Zahl der 17.000 Säumigen ist nur geschätzt. Die Schulden betreffen auch mehr als 118.000 Sozialversicherte, die sich auf der Schwelle ihrer Pensionierung in derselben Situation wiederfinden wie die ehemaligen MitarbeiterInnen der Finca San Gregorio. Trotz der Grösse und Schwere des Problems, geht das IGSS davon aus, dass die UnternehmerInnen in Treu und Glauben diese Situation ausräumen werden.

Der Präsident des IGSS, bis vor kurzem Vorstandsmitglied der Patriotischen Partei (PP), Carlos Contreras, sagte in der Fernsehsendung „Meinungsstark“, dass seine Institution eine Frist setzte, in der die Unternehmen, die Schulden bei dem IGSS haben, von der dazukommenden fälligen Geldstrafe befreit werden können. (...) Monge führte dazu aus: „Das passiert deshalb, weil einige ArbeitgeberInnen ihre Schulden begleichen wollen, aber ihre Strafen so hoch sind, dass sie die nicht zahlen können. Das heisst nicht, dass wir nicht den gerichtlichen Weg bestreiten wollen, um sie zu belangen (8.000 sind ja bereits angezeigt), aber das Problem ist doch, dass sehr häufig die Unternehmen ihr Kapital verlagert oder Konkurs angemeldet haben und einige ArbeitgeberInnen haben nicht einmal Vermögen, das veranlagt werden könnte“.

Die Verantwortlichen im Fall der Finca San Gregorio zu belangen, ist ein kompliziertes Unterfangen. Die Unternehmen von José Roberto Quintanal Paiz sind verknüpft mit dem Offshore-Unternehmen Cadiz Develop Group, das auf den britischen Virgin Islands registriert ist. Währenddessen ist die besagte Familie Campollo der guatemaltekinsche Name, der am häufigsten in den Panama Papers auftaucht. Die Mitglieder dieser Familie wechseln sich als Nutzniesser in einem

komplexen Netz aus 116 Offshore-Firmen, registriert auf Virign, den Philippinen und der Dominikanischen Republik, ab. In der Tageszeitung Prensa Libre entwarf der bekannte Journalist Haroldo Shetemul ein Portrait der Familie Campollo: „Sie haben grosse Plantagen mit Kautschuk, Zuckerrohr, Afrikanischer Palme sowie Investitionen in Grundbesitz und Finanzdienstleistungen, aber sie haben auch Anteile an der Ölfirma Compañía Petrolera del Atlántico in Izabal– dank der Konzession der Regierung von Álvaro Arzú.“ Shetemul versuchte ein Interview mit dem Agrarunternehmer zu bekommen, aber er bekam keines.

Für Brenda Guillén von der Einheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEQUA), die das Geschehen schon länger verfolgt, liegt das Problem an dem mangelnden Willen der Institutionen: „Im Justizsektor, insbesondere der auf der kommunalen Ebene, haben die Unternehmen einen überwältigenden Einfluss und verhindern so Urteile gegen sie. Auf der anderen Seite nutzten die ArbeitgeberInnen die Situation der ArbeiterInnen aus, indem sie ihnen keine eindeutigen Quittungen geben oder eigene Parallelbestimmungen durchsetzen.“

Weil die Institutionen sich nicht bewegen, können die ArbeitgeberInnen wie jene in San Gregorio weiterhin die Beiträge der ArbeiterInnen rauben. Teil des Problems ist, dass der selbe Staat in die selbe Praxis verfällt, da er einen grossen Teil seines ArbeitgeberInnenanteils schuldet. Von den Gesamtschulden, die der Staat gegenüber der Sozialversicherung hat, stammen 28 % von den Landkreisen, die damit mehr als 30.000 MitarbeiterInnen ihrer Rente berauben.

Politisches Desinteresse am Thema

Weder Jorge de León Duque, Ombudsmann für Menschenrechte, noch die Arbeitsministerin Aura Teleguario antworteten auf die Frage, welche Lösungen sie für die Probleme der ehemaligen Beschäftigten der Finca San Gregorio sehen. Erst im Juni 2016 begann im Menschenrechtsausschuss des Kongresses, der von dem Abgeordneten von TODOS, Ronald Arango, geleitet wurde, eine Diskussion zu dem Thema. Am Ende der Sitzung kam man zu dem Ergebnis, dass alle Institutionen, vor allem aber das IGSS, einen grossen Beitrag zur Lösung des Problems haben könnten. Ein Jahr später wurde ein 72-jähriger Mann, der für die ihm zustehende Rente kämpfte, ermordet: Eugenio López.

In Bezug auf den Arbeitsausschuss bekräftigt der Abgeordnete Ovidio Monzón (ebenfalls von TODOS), dass das Problem bisher dort nicht behandelt worden sei, dass nach dem Mord an Eugenio López aber vereinbart wurde, es auf die Tagesordnung zu setzen. Der Abgeordnete glaubt, dass das Problem zu einem guten Teil darin bestehe, dass die MitarbeiterInnen des Arbeitsministeriums „sehr lasch sind und es ihnen an Autorität fehlt“. Aber etwas passiert, weil es noch immer zwei schwebende Gesetzesinitiativen gibt, die dem Ministerium mehr Macht geben sollen, um die ArbeitgeberInnen zu bestrafen. Die Aufgabe der Abgeordneten sollte es sein das Arbeitsministerium zu kontrollieren, damit „es aufhört, so lasch zu sein“.

Zur selben Thematik erklärte die Abgeordnete von VIVA, María Eugenia Tabush, dass sie Mitglied des Arbeitsausschusses sei, aber ausschliesslich zuständig für Fragen der Beschäftigungsförderung. Auch die sieben Abgeordneten aus Quetzaltenango haben sich nicht für die betroffenen ex-LandarbeiterInnen eingesetzt. Der Abgeordnete Nery Samayoa von der Movimiento Reformador wurde wegen des Konfliktes auf der Finca San Gregorio angefragt. Seine Antwort war: „Am 15. Juli werde ich von einer Reise zurückkehren, dann können wir gerne darüber reden.“

Als ob dies nicht genug wäre, wurde diese Woche auch noch das Schiedsgericht verloren, bei dem US-GewerkschafterInnen ihre Handelskammer auffordern sollte, Guatemala innerhalb der WTO anzuzeigen wegen „unlauteren Wettbewerbs“, da es die Rechte der ArbeiterInnen und der Umwelt verletzte. Das Thema war ein spezielles Interesse des progressiven Präsidenten, Barack Obama, aber wird es nicht für seinen konservativen Nachfolger Donald Trump sein.

Fazit

In Guatemala hat der Staat nicht viel dafür getan, um den Missbräuchen der ArbeitgeberInnen wie die von San Gregorio Einhalt zu bieten. Zumal es dort nicht der erste Fall ist. Bereits 1993 verschwand der Gewerkschafter Gustavo Vásquez und Adrián und Velizario López wurden ermordet. In keinem dieser Fälle gab es Ermittlungen. Vielleicht wird die staatliche Aufmerksamkeit aufgrund des Mordes an einem 72-jährigen vor den Toren der Finca und der Bestätigung durch das IGSS, dass die Rentenbeiträge nicht gezahlt wurden, geweckt werden. (Gabriel Woltke / Nomada)

UN: Iván Velásquez bleibt an der Spitze der CICIG

Guatemala, 3.Jul. Iván Velásquez Gómez wird weiterhin Leiter der Internationalen Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG) sein und kann bei seiner Arbeit auf die Unterstützung der Vereinten Nationen (UN) zählen. CICIG vollendet in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen.

„Wir erwarten eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit mit CICIG“, sagte der UN-Sprecher Stéphane Dujarric gegenüber der Tageszeitung elPeriódico. Er führte weiter aus, dass der Generalsekretär für Politische Angelegenheiten bei der UN, Jeffrey Feltman, gemeinsam mit dem guatemaltekischen Aussenminister Carlos Raúl Morales die Ausführungen von Velásquez über die bisherige Tätigkeit und die Erfolge entgegen nahm. „Die Mitgliedsstaaten der UN drückten ihre volle Unterstützung für die Kommission aus und beglückwünschten deren Leiter Velásquez für dessen Arbeit, sagte der Sprecher während eines Treffens in New York in dieser Woche. Auf Bitte der CICIG „hat der Generalsekretär der UN, António Guterres, den Vertrag mit Iván Velásquez um zwei weitere Jahre, bis zum September 2019 verlängert.“

Seit April 2015 ist die CICIG mit Velásquez an der Spitze führend bei der strafrechtlichen Verfolgung gegen hochrangige FunktionärInnen wegen Korruption, was u.a. zur Inhaftierung des Präsidenten und der Vizepräsidentin der Patriotischen Partei, Otto Pérez Molina und Roxana Baldetti führte.

Die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana erklärte, dass „die Fortdauer des Kommissionsleiters wichtig ist, damit wir unsere Arbeit fortsetzen können. Wir sind ein Team und wir begrüßen die Verlängerung des Vertrages um zwei Jahre.“ Der Antikorruptionskampf der Staatsanwaltschaft (MP) und der CICIG wurde auch von den USA unterstützt, insbesondere von dem im Oktober scheidenden Botschafter Todd Robinson. Sein Nachfolger Luis Arreaga wurde gerade nominiert (siehe unten).

Der ehemalige Aussenminister Edgar Gutiérrez glaubt, dass Arreaga an der US-Politik bezüglich der CICIG festhalten werde. „Wir erwarten da keine politische oder finanzielle Veränderung“, sagte er. Nach seiner Auffassung teilten Velásquez und Arreaga die Vorstellung, dass der Rechtsstaat nicht nur bedeute, die Korrupten zu verurteilen und einzusperren, sondern dass diese Aktivitäten von einer Förderung der Professionalisierung im Justizwesen, aber auch von einer Stärkung der Wirtschaftsentwicklung begleitet werden müssen.

Die Menschenrechtsaktivistin Helen Mack ist der Ansicht, dass Velásquez der Leiter sei, der bisher die besten Ergebnisse erzielt habe. „Er hat die Komplexität der Korruption in Guatemala verstanden. Daher haben sich so viele Menschen gewünscht, dass er bleibt“, sagte die Vorsitzende der Stiftung Fundación Myrna Mack. Mack hob weiterhin hervor, dass es in den nächsten Jahren wichtig sein wird, die Fortschritte zu beobachten, die MP und CICIG im Justizsektor angestossen hat. „Die Netzwerke der Korruption, die in den Grauzonen operieren, bewirken arglistige Prozesse und sie finden sich zugleich in den Zonen der sozialen Medien, aber durch die viele Lobby, die die Agenda der Mitwirkenden beeinflussen, scheint es nicht, dass sich etwas verändern wird“, meint sie. Ähnlich soll sich auch der Unternehmensverband CACIF geäußert haben. (EP)

Luis Arreaga wurde von Trump als US-Botschafter in Guatemala vorgeschlagen

Washington DC, 27. Juni. Am 27. Juni wurde offiziell die Nominierung von Luis Arreaga zum neuen US-Botschafter in Guatemala bekannt gegeben. Der Vorschlag von Präsident Donald Trump wurde an den US-Senat zur Annahme weitergeleitet. Arreaga ist seit Ende 2013 Unterstaatssekretär für Internationale Angelegenheiten im Drogenkampf im US-State Department. Wenn der Senat zustimmt, wird er im kommenden Oktober die Stelle von Todd Robinson übernehmen, der seit dem 27. Oktober 2014 das Amt bekleidet.

Arreaga ist gebürtiger Guatemalteke, der in die USA ausgewandert ist und an der Universität von Wisconsin in Milwaukee einen Master in Management und einen Doktor in Wirtschaft gemacht. Seit 1981 ist er in verschiedenen Funktionen im diplomatischen Dienst tätig, unter anderem an den US-Botschaften in Spanien und in Panama oder in den Vertretungen der US-Entwicklungshilfeorganisation US-AID in Peru, El Salvador und Honduras. Er war auch Generalkonsul in Vancouver, Personaldirektor im State Department in Washington und Missionschef der USA bei der UN in Genf. Während der Regierung von Barack Obama war er zwischen 2010 und 2013 Botschafter in Island. (EP; 4. Juli 2017)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6